

ANTRÄGE

1) “Eggenberger Platz”

GRin. **Gesek** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Gesek**: Hoher Gemeinderat! Im Gegensatz zu anderen Bezirken verfügt der Bezirk Eggenberg noch über keinen klaren, im Bewusstsein der Bevölkerung verankerten Bezirksmittelpunkt, wie es in fast allen Bezirken unserer Stadt bereits seit Jahrzehnten der Fall ist.

Mit der Erschließung des Bereiches Eggenberger Allee/Karl-Morre-Straße in den letzten Jahren und nicht zuletzt durch das Wohnprojekt der „Neuen Heimat“ und durch den Neubau eines großen Bürozentrums der BAWAG sowie den davor errichteten Freibereich, entsteht hier ein platzartiges Areal, welches sich als klar erkennbares Zentrum des Bezirkes entwickelt.

In dem heute aufliegenden Stadtentwicklungskonzept ist dieser Bereich bereits als Bezirks- und Stadtteilzentrum mit regionaler Bedeutung ausgewiesen.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die Entstehung dieser platzgreifenden Situation dazu zu nützen, diesen neuen Bezirksmittelpunkt mit

„Eggenberger Platz“

zu benennen sowie die zuständige Mag.Abt. 10/6 – Stadtvermessungsamt mit der Durchführung der dazu erforderlichen Maßnahmen zu beauftragen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Jugendzentren

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Gäste! Mein Antrag betrifft unsere Jugendzentren. Anfang des Jahres hatten wir, die Mitglieder des Jugendausschusses, die Möglichkeit, die Verantwortlichen der von der Stadt Graz subventionierten Jugendzentren und deren Konzepte kennenzulernen.

Als junger Gemeinderat ist es mir ein Anliegen, gerade die Meinung der Jugendlichen zu hören zu diesem Thema.

Aus diesem Grund führte ich gemeinsam mit fünf Schulsprecher/innen eine Umfrage mit dem Schwerpunkt „Jugendzentren“ durch. Befragt wurden 172 Jugendliche der Schulen Sacre-Coeur, Seebacher Gymnasium, Akademisches Gymnasium, Pestalozzistraße und Berufsschulzentrum St. Peter.

Erfreulich an der Auswertung war, dass jeder 4. Befragte in Jugendzentren mitarbeiten möchte und das ehrenamtlich.

Extrem verwundert war ich über das Ergebnis der Frage, ob man jemals in einem der angeführten Jugendzentren war. 104 gaben an, noch nie in einem der Jugendzentrum gewesen zu sein. Mit großem Abstand bekamen die Zentren Don Bosco (31) und Domino (29) die meisten Nennungen. Die Jugendlichen machen die Treffs Diavolo (2 Nennungen) und Dietrichskeusch'n (0 Nennungen) zum Schlusslicht. Für mich ist es erschreckend, dass bei dieser Umfrage die von der Stadt hoch subventionierten Jugendtreffs am schlechtesten beziehungsweise die gering geförderten Zentren am besten abgeschnitten haben.

Mehr als die Hälfte der Befragten befinden das Angebot der Jugendzentren als nicht mehr zeitgerecht.

Daher stelle ich seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

Das Amt für Kinder, Jugend und Familie wird beauftragt, an die Fachhochschule für Sozialmanagement heranzutreten, dass diese im Rahmen eines Projektes eine Studie zur Erhebung des Bedarfs beziehungsweise zur Optimierung der Jugendzentren in Graz durchführt (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Förderung der Beratung zum Einsatz von Nützlingen

GR. **Trummer** stellt folgenden Antrag:

GR. **Trummer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es geht um die Förderung der Beratung zum Einsatz von Nützlingen. Der Einsatz von Nützlingen wurde von einigen Gemüsebaubetreibern der Stadt Graz in den letzten Jahren sehr gut angenommen. Dies wurde im Rahmen einer von der amtsführenden Abteilung (A15) organisierten Fachexkursion auch vor Ort festgestellt und einige Gemeinderatskolleginnen und Kollegen waren dabei und haben das miterleben dürfen.

Diese ökologisch äußerst wertvolle Maßnahme kann aber zukünftig nur forciert werden, wenn durch ein breites und effizientes Beratungsangebot die Gemüsebaubetriebe überzeugt werden können, dass der Einsatz von Nützlingen auf längere Sicht den Einsatz von Spritzmitteln ersetzen kann.

Nur eine betriebsspezifische und auf die Bedürfnisse der einzelnen Betriebe abgestimmte Beratung kann eine Bewegung weg von den Spritzmitteln hin zu einer ökologisch verträglichen Alternative bewirken.

Die Landwirtschaftskammer Steiermark ist bereit, eine hochspezialisierte Beratung zum Nützlingseinsatz durch eine Expertin den Grazer Gemüsebaubetrieben als Dienstleistung, gegen entsprechende Verrechnung, anzubieten.

Sowohl das lebhafteste Interesse zahlreicher Gemüsebaubetriebe der Stadt Graz als auch der allgemeine Nutzen einer ökologisch höchst wertvollen Methode zur Schädlingsbekämpfung sollte die Stadt Graz veranlassen, ein Fördermodell zur Beratung der Grazer Gartenbaubetriebe hinsichtlich des Einsatzes von Nützlingen zu forcieren.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen, mit der Landwirtschaftskammer Steiermark ein Kooperationsabkommen betreffend die Beratung des Einsatzes von Nützlingen zu schließen und die durch die hochspezialisierte Beratung durch Expertinnen der Landwirtschaftskammer Steiermark anfallenden Beratungskosten, zumindest teilweise, den Gartenbaubetrieben der Stadt Graz zu ersetzen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Spielplatz Schererstraße

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Vor dem Sommer dieses Jahres wurden in der Schererstraße insgesamt 300 Übertragungswohnungen der Stadt Graz an die Mieter

übergeben. In unmittelbarer Nähe und Nachbarschaft dieser Wohnbauten entstanden in den vergangenen Jahren viele zusätzliche Wohnsiedlungen.

Da in diesen Wohnungen vorwiegend junge Familien leben, ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen dort auch dementsprechend groß.

Leider kann der vorgesehene Spiel- und Ballspielplatz zur Zeit aber nicht gebaut werden.

Laut Auskunft des Stadtgartenamtes sind alle Vorkehrungen zum Bau dieses Spielplatzes von Seiten der Stadt getroffen worden.

Das Grundstück, auf dem der Spielplatz errichtet werden soll, ist jedoch gleichzeitig auch für ein Versickerungsbecken des Einödbaches vorgesehen. Dieses Projekt wird vom Land Steiermark mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft betrieben.

Solange jedoch von Seiten des Ministeriums dieses Projekt nicht bearbeitet ist, kann auch das Land Steiermark Landes nicht weiter tätig werden.

Das heißt für unsere Kinder- und Jugendlichen aus diesem Gebiet: Warten auf unbestimmte Zeit auf ihren Spielplatz.

Der Gemeinderat hat vor noch gar nicht langer Zeit einstimmig die „Leitlinien für eine kinderfreundliche Stadt“ beschlossen. In diesen Leitlinien geht es unter anderem auch um diese Problematik der Spiel- und Sportplätze.

Um auf die Dringlichkeit noch hinzuweisen und den Brennpunkt, der in diesem Wohngebiet herrscht, uns sind heute kurz vor der Gemeinderatssitzung schon etliche Unterschriftenlisten eingegangen, und daher stellen wir von Seiten der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Dass Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des Gemeinderates in einem Schreiben an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auf die dringliche Bearbeitung des „Projektes Einödbach“ hinweisen, um damit die Wartezeit auf die

Errichtung des Spiel- u. Sportplatzes in der Schererstraße so kurz wie möglich zu halten (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Beachvolleyplan Brucknerschule

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Bergmann**: In der Sporthauptschule Brucknerstraße wurde das vergangene Schuljahr eine neue Kugelstoßanlage errichtet und auch ihrer Bestimmung übergeben.

Trotz der Freude über die neue Anlage in dieser Schule machte sich bald bei Schülern und Lehrern sowie auch Eltern große Enttäuschung breit, da der mit Spannung erwartete Beachvolleyballplatz nicht zustande kam. Der Grund war nicht schwer zu erraten. Laut Auskunft der Schuldirektion war dafür kein Geld mehr vorhanden.

Da Beachvolleyball eine sehr beliebte Trendsportart ist und natürlich gerade in einer Sportschule die Nachfrage dazu recht groß ist, stelle ich im Namen der KPÖ Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Die Errichtung eines Beachvolleyballplatzes in der Sporthauptschule Brucknerstraße ist beim Budget der Landeshauptstadt Graz für 2005 zu berücksichtigen und deren Umsetzung raschest zu ermöglichen (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Die Gänse vom Feliferhof

GRin. **Binder** stellt folgenden gemeinsamen Antrag von SPÖ, KPÖ und Grünen:

GRin. **Binder**: Ich darf jetzt einen Antrag einbringen, einen gemeinsamen Antrag, der mir sehr am Herzen liegt. Es geht um das Mahnmal „Die Gänse vom Feliferhof“. Die Gänse vom Feliferhof beschäftigen dieses Haus seit geraumer Zeit. Als im Februar 1996 das KünstlerInnenehepaar Jochen und Esther Gerz als GewinnerInnen des Wettbewerbs zur Erlangung von Entwürfen für die Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus im Bereich des Militärschießplatzes Graz Feliferhof hervorgingen, ahnte noch niemand, dass ihr Kunstwerk bis zum heutigen Tag nicht zur Umsetzung gelangen sollte.

Der Feliferhof ist einer der größten Ausbildungsplätze des Bundesheeres in der Steiermark. Alljährlich wird er von mehr als 10.000 Grundwehrgenossen und Reservisten des Bundesheeres, von Angehörigen der Polizei, Gendarmerie, der Zoll- und Justizwache sowie den Heeressportschützen für Ausbildungs- und Übungszwecke genutzt. Von 1941 bis 1945 wurden auf diesem Schießplatz Menschen wegen ihres Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime hingerichtet, allein im letzten Kriegsmonat 140 Personen ohne Gerichtsurteil exekutiert und in ein Massengrab geworfen. Mittlerweile sind die Verstorbenen in einem gemeinsamen Grab am Grazer Zentralfriedhof beerdigt.

Anlässlich des Gedenkjahres "50 Jahre Ende des 2. Weltkrieges" und "40 Jahre österreichisches Bundesheer" entschloss sich das Militärkommando, innerhalb des Übungsgeländes eine Gedenkstätte an die oben erwähnten Ereignisse zu errichten und damit ein unverändertes Bewusstsein des Bundesheeres betreffend die NS-Zeit zu dokumentieren. Es ist unglaublich schwierig, diese Materie hier einzubringen bei

diesem Lärm, bei dieser Unachtsamkeit, also ich finde das ganz enorm. Aus einem geladenen Wettbewerb gingen Jochen und Esther Gerz mit dem Projekt „Die Gänse vom Feliferhof“ als GewinnerInnen hervor. Vier Fahnen mit den Texten „Auf Mut steht der Tod“, „Verrat am Land wird dekoriert“, „Barbarei ist die Soldatenbraut“ und „Soldaten, so nennen wir uns auch“ sollten anlässlich jeder Benutzung des Schießplatzes gehisst werden und bei Abzug der Soldaten wieder herabgelassen werden. Dieses Wechselspiel zwischen Anwesenheit und Abwesenheit (der Erinnerung und des Vergessens), ein geschlossenes Ganzes bilden und zeigen, unabhängig von der Erfahrung selbst, dass Verantwortung nicht delegiert werden kann, weder an ein Kunstwerk noch an etwas anderes. Die sodann umstrittenen Fahnentexte sollten jährlich von den Soldaten selbst neu entworfen werden.

In den letzten acht Jahren seit der Juryentscheidung für das preisgekrönte und international anerkannte Projekt wurde nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch unter den Militärs selbst eine heftige Debatte losgetreten. Während die eine Seite – Militärkommandant Steiermark und Verteidigungsministerium – in der Verwirklichung des Projektes eine „undifferenzierte Herabwürdigung aller Soldaten“ sah, versuchten politische und kulturelle VermittlerInnen und KünstlerInnen ein Einlenken und eine gemeinsame Vorgangsweise zu erreichen. Schließlich wurde von Projektseite auf die „unzumutbaren Sätze“ verzichtet.

Insbesondere Oberst i. R. Manfred Oswald versuchte die Erinnerung an das Projekt und an das Geschehen vor Ort wach zu halten.

Letztlich wurden auch über Initiative der Stadt und hier insbesondere vom Bürgermeister a.D. Alfred Stingl am Feliferhof eine Erinnerungstafel angebracht.

Im Jahr 2005 stehen Feierlichkeiten anlässlich „60 Jahre Zweite Republik“ und „50 Jahre Bundesheer“ ins Haus. Seit mehr als zwei Monaten hat die Republik Österreich nicht nur ein neues Staatsoberhaupt, sondern auch einen neuen Oberbefehlshaber des Bundesheeres. In Erinnerung an den Widerstand des 20. Juli 1944 und des versuchten Attentats auf Hitler hat Dr. Heinz Fischer der Witwe von Obstleutnant Robert Bernardis einen Besuch abgestattet. Es wird deshalb im Oktober zu einer Enthüllung eines Mahnmals für Bernardis und somit für alle Widerstandskämpfer kommen.

In diesem Zusammenhang hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer auch in der Sache Grazer Feliferhof einen neuerlichen Anlauf gemacht. Er hat das Bundesministerium für Landesverteidigung gebeten, eine Darstellung des Gesamtvorganges zu geben und ersucht, die Realisierungsmöglichkeiten des „Gerz-Entwurfes“ nochmals zu prüfen. Gespräche sind derzeit im Gange.

Weil Vergessen und Verdrängen kein Ersatz für Wahrheit und Erinnerung ist und auch der Grazer Gemeinderat die politische und gesellschaftliche Verpflichtung hat, eine bewusste Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu ermöglichen und zu fördern, stelle ich namens der Fraktionen folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht mehrheitlich Bundespräsident Dr. Heinz Fischer im Sinne seiner schon bisher gesetzten Initiativen und im Hinblick auf die von ihm zu setzende abschließende Prüfung um Unterstützung, das Projekt der KünstlerInnen Esther und Jochen Gerz „Die Gänse vom Feliferhof“ am Schießplatz Feliferhof in Graz gemeinsam möglich zu machen. Danke für die Unaufmerksamkeit.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Ich gebe Ihnen Recht, es waren einige unaufmerksam, aber einige haben Ihnen auch sehr aufmerksam gelauscht. Ich werde all Ihre Aussagen überprüfen lassen im Hinblick, was der Herr Bundespräsident etc. dazu korrespondiert und werde dann geschäftsordnungsgemäß Ihnen eine Antwort zukommen lassen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.